

E 99-NR/XXII. GP

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 11. Mai 2005

betreffend europaweite Volksabstimmung

Die Bundesregierung wird ersucht,

weiterhin und verstärkt für die Abhaltung EU-weiter Volksabstimmungen über künftige Änderungen des Vertragswerks der Europäischen Union (Europäische Verfassung), die die Grundprinzipien der nationalen Verfassungen betreffen, sowie für die generelle europarechtliche Verankerung der Möglichkeit europaweiter Volksabstimmungen über Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Europa einzutreten,

sowie sich für die Einberufung einer EURATOM-Revisionskonferenz einzusetzen.